

3. Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates (08/BS 9/113)

Eintreten

Präsidentin: Mit dem vorliegenden Geschäftsbericht präsentiert uns der Regierungsrat seinen Rechenschaftsbericht und die Staatsrechnung für das Jahr 2008. Gemäss §§ 37 und 39 unserer Kantonsverfassung hat der Grosse Rat die Geschäfte des Regierungsrates zu prüfen und den Geschäftsbericht samt Staatsrechnung zu genehmigen.

Den Kommissionsbericht des Präsidenten der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) zum Geschäftsbericht und zur Staatsrechnung 2008 haben Sie vorgängig erhalten. Auch die Subkommissionsberichte sind Ihnen zugestellt worden. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien dieser schriftlichen Berichte auf.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission: Kurt Baumann, Sirnach (Präsident); Margrit Aerne, Lanterswil; Josef Bieri, Kreuzlingen; Thomas Böhni, Frauenfeld; Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus); Heidi Grau, Zihlschlacht; Carmen Haag, Stettfurt; Dr. Hermine Hascher, Eschikofen; Verena Herzog, Frauenfeld; Walter Hugentobler, Matzingen; Erwin Imhof, Bottighofen; Myrta Klarer, Sirnach; Cornelia Komposch, Herdern; Peter Kummer, Oberaach; Peter Markstaller, Kreuzlingen; Walter Marty, Ellighausen; Richard Nägeli, Frauenfeld; Moritz Tanner, Winden; Sonja Wiesmann, Sirnach; Katharina Winiger, Frauenfeld; Daniel Wittwer, Sitterdorf.

Ämterbesuche

Ziele und Kriterien der Ämterbesuche sind im Reglement der GFK festgehalten. Die diesjährige Geschäftsprüfung erfolgte analog den Vorjahren in folgenden Schritten:

- Besuch und Prüfung ausgewählter Ämter durch die Subkommissionen (Februar / März 2009)
- Besprechung der Erkenntnisse und Feststellungen mit den verantwortlichen Departementsvorstehern und der Departementsvorsteherin (April / Mai 2009)
- Beratung der Berichte der Subkommissionen in der Gesamt-GFK (3. bis 10. Juni 2009)

Die Subkommissionen erhalten für ihre Arbeit von der Gesamt-GFK Vorgaben bezüglich der zu überprüfenden Ämter und der generell zu prüfenden Inhalte, ergänzt durch zu klärende Einzelfragen gemäss Pendenzenliste sowie gemäss Einzelaufträgen oder Hinweisen. Bei der Zusammenstellung des Programms werden Hinweise und Empfehlungen der Finanzkontrolle berücksichtigt. Das Prüfungsprogramm umfasste dieses Jahr 29 Ämter. Gemäss vereinbartem Schwerpunktthema wurden alle Ämter mit Globalbudget auf die Entwicklung von Bonus/Malus-Beträgen angesprochen. Insbesondere haben die Subkommissionen die Verwendung der Boni thematisiert. Dabei interessierte auch, wie die entsprechenden Richtlinien gemäss dem Handbuch über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget eingehalten werden. Die Subkommissionen haben dabei fest-

gestellt, dass die Verwendung der Boni in den Ämtern unterschiedlich erfolgt. Die GFK will bei Gelegenheit das Thema Bonus/Malus vertieft diskutieren.

Alle Ämter empfangen die prüfenden Subkommissionsmitglieder sehr gut vorbereitet und beantworteten die gestellten Fragen kompetent. Die Resultate der Ämterbesuche sind in den Berichten der Subkommissionen weiterführend erläutert. Die GFK stellt fest, dass die Ämterbesuche eine ganz wichtige Aufgabe des Parlamentes sind. In den Ämtern werden der Besuch und das Interesse an der Arbeit ausnahmslos begrüsst. Die Besuche sind auch eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer kantonalen Verwaltung.

Zusammenarbeit der GFK mit der Finanzkontrolle

Gemäss § 35 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates verkehrt die Finanzkontrolle direkt mit der GFK. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Oberaufsicht notwendig ist. Dies geschieht schriftlich sowie mittels periodisch stattfindender Koordinationsgespräche mit den Subkommissionen. Während des vergangenen Jahres haben zwei Gespräche zwischen dem Chef der Finanzkontrolle, Herrn Dr. Hansulrich Keller, sowie dem Präsidenten und der Vizepräsidentin der GFK stattgefunden. Die Arbeit der Finanzkontrolle wird von den Ämtern geschätzt. Nebst der eigentlichen Revisions- und Kontrolltätigkeit bietet sie den Ämtern auch Beratung an.

Feststellungen der Finanzkontrolle

Die Prüfungen der Finanzkontrolle ergaben, dass die Buchführung und die Jahresrechnung dem Gesetz und der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Thurgau entsprechen. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008

Die GFK dankt dem Regierungsrat für die umfassende Berichterstattung über das vergangene Geschäftsjahr.

Die Rechnung 2008 bildet die erste Rechnung nach der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008. Direkte Vergleiche mit Vorjahresrechnungen sind deshalb zum Teil schwierig.

Der liquiditätswirksame Aufwand stieg um insgesamt 8,5 %. Wird dieser Aufwand durch die Verschiebungen der NFA bereinigt, ist noch eine Steigerung von 1,4 % zu verzeichnen. Diese effektive Ausgabensteigerung liegt deutlich unter dem nominalen Wirtschaftswachstum des Kantons Thurgau im Jahre 2008.

Der Kanton konnte einige Aufgaben wie AHV-Finanzierung und Nationalstrassenbau voll an den Bund übergeben. Im Gegenzug musste der Kanton zusätzliche Lasten und Aufgaben unter anderem im Bereich Heimfinanzierung und Sonderschulung übernehmen und höhere Beiträge an die Ergänzungsleistungen, die individuelle Prämienvorbereitung und den öffentlichen Verkehr leisten. Die NFA führte zu einer gesamten Entlastung von

340,7 Millionen Franken und zu einer Neubelastung von 243,8 Millionen Franken. Damit resultierte eine erfreuliche Entlastung des Kantons um 96,9 Millionen Franken. Das entspricht einer um rund 17 Millionen Franken höheren Entlastung als ursprünglich angenommen. Die Epoche einer 50 Jahre langen Benachteiligung des Kantons durch den alten Finanzausgleich ist damit Geschichte.

Die Gesamtrechnung 2008 schliesst mit einem Finanzierungsüberschuss von 86,2 Millionen Franken ab. Der Regierungsrat stellt mit Genugtuung fest, dass damit der Kanton Thurgau das beste Finanzergebnis aller Zeiten erreicht hat. Das Ergebnis ist zudem das zehnte positive Gesamtergebnis in Folge. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 210,4 % rund 100 % höher als budgetiert.

Die GFK gratuliert dem Regierungsrat zu diesem hervorragenden Ergebnis. Der Spielraum für eine steuerliche Entlastung ist damit in aller Deutlichkeit ersichtlich, darin ist sich die GFK einig. Die Beratungen in der GFK zeigten, dass über die Nutzung dieses Spielraumes aber unterschiedliche Meinungen bestehen. Einig ist sich die GFK auch darin, dass dieses hervorragende Ergebnis nicht zu falschen Anreizen führen darf. Eine umsichtige Finanzpolitik ist auch in Zukunft notwendig, denn es kommen weitere Herausforderungen auf den Kanton zu. Zum Beispiel bei den Gesundheitskosten könnten mit der neuen Spitalfinanzierung Mehrkosten zwischen 11 und 42 Millionen Franken resultieren, je nachdem, ob der Kanton 45 % oder 55 % der Kosten tragen muss.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung des Kantons Thurgau schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 79 Millionen Franken. Dies entspricht dem besten je erzielten Rechnungsergebnis. Gegenüber dem budgetierten Überschuss von rund 11,6 Millionen Franken bedeutet dies eine Besserstellung von rund 67,4 Millionen Franken.

Der Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung 2008 beläuft sich auf 1,6 Milliarden Franken und sinkt damit gegenüber dem Budget um 0,31 % oder 5,1 Millionen Franken, der liquiditätswirksame Aufwand um 3,1 %. Der Personalaufwand liegt um 0,68 % unter dem Budget. Darin enthalten ist eine Lohnrunde von + 3,5 %. Ebenfalls 2,94 % unter dem Budget liegt der Sachaufwand. Der Zinsaufwand nimmt um 3,01 % auf 19,5 Millionen Franken zu. Sorgenkind bleibt die Entwicklung der unbeeinflussbaren Beiträge. Sie steigen gegenüber dem Vorjahr um 3,95 %. Diese Steigerung fällt jedoch geringer aus als in den Vorjahren. Die eigenen Beiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 4,95 % gesunken. Der Abschreibungsaufwand ist mit 72,8 Millionen Franken rund 0,7 Millionen Franken höher als 2007.

Der Gesamtertrag der Laufenden Rechnung 2008 beläuft sich auf 1,7 Milliarden Franken und steigt damit gegenüber dem Budget um 3,8 %, der liquiditätswirksame Ertrag um 3,46 % oder 45,1 Millionen Franken. Hauptgrund für die überdurchschnittlichen Erträge sind die Staatssteuereinnahmen. Diese sind gegenüber dem Budget total um 4,68 % oder 30,5 Millionen Franken gestiegen.

Der positive Rechnungsabschluss der Laufenden Rechnung führt damit zu einer weite-

ren Erhöhung des Eigenkapitals auf neu 259,7 Millionen Franken, sofern der Grosse Rat der beantragten Gewinnverwendung zustimmt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, 28 Millionen Franken des Ertragsüberschusses von 78,9 Millionen Franken in Spezialfinanzierungen einzulegen (Arbeitsmarktfonds 6 Millionen, Tierseuchenfonds 3 Millionen, Energiefonds 2 Millionen, Pflanzenschutzfonds 3 Millionen, NHG-Fonds 5 Millionen, Seeuferparzellenfonds 4 Millionen, Pensionskasse Thurgau, Rückstellungen für Rentenanpassungen 5 Millionen Franken). Der Pflanzenschutzfonds wird von Privaten, den Gemeinden und dem Kanton finanziert. Bei der Einlage von 3 Millionen Franken handelt es sich deshalb um eine Vorfinanzierung des Kantons. Die weiteren 50,9 Millionen Franken sollen dem Eigenkapital gutgeschrieben werden.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung 2008 mit einer Nettoinvestition von 78,1 Millionen Franken schliesst mit 5,1 Millionen Franken höher ab als budgetiert. Mit diesem Investitionsabschluss konnte die dritte Steigerung in Folge erreicht werden. Das Investitionsniveau erreichte damit auch einen Zehnjahreshöchststand.

Budgetrichtlinien 2010

Die GFK schätzt es, dass der Regierungsrat an der Eintretenssitzung zum Geschäftsbericht jeweils einen Ausblick auf den bevorstehenden Budgetierungsprozess gibt. Regierungsrat Bernhard Koch stellte der GFK, der Vertretung des Büros des Grossen Rates und den Fraktionspräsidien die Budgetrichtlinien 2010 vor.

Die Zielvorgabe des Regierungsrates sieht für das Jahr 2010 eine ausgeglichene Laufende Rechnung vor. An Nettoinvestitionen sind rund 90 Millionen Franken vorgesehen. Für die Gesamtrechnung sollte ein Wert zwischen -10 bis -20 Millionen Franken nicht unterschritten werden. Damit ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von voraussichtlich rund 80 %. Die Steigerung des liquiditätswirksamen Aufwandes und der Personalkosten soll je maximal 1,0 % gegenüber dem Budget 2009 betragen.

Ein Ausblick des Regierungsrates auf die Finanzplanperiode 2011 - 2013 zeigt, dass der Kanton voraussichtlich eine Periode ohne Finanzüberschüsse durchlaufen wird. Seine Zielsetzungen für die neue Finanzplanperiode sehen bei der Laufenden Rechnung Ergebnisse von -5 bis -15 Millionen Franken und einen Gesamtrechnungsabschluss von -20 bis -30 Millionen Franken vor. Damit dürfte sich das Eigenkapital in der kommenden Finanzplanperiode um rund 60 Millionen Franken reduzieren.

Schlussbemerkungen

Mit den Beratungen des Geschäftsberichtes 2008 schliessen wir ein hervorragendes Geschäftsjahr des Kantons Thurgau ab. Eine schweizweit angelegte Erhebung über die Kosten von kantonalen Verwaltungen zeigt, dass unser Kanton die kostengünstigste Verwaltung aller Kantone besitzt. Die GFK dankt den Mitgliedern des Regierungsrates, dem Staatsschreiber sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ih-

ren Einsatz und ihre sehr gute Arbeit im Geschäftsjahr 2008 sowie für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der GFK.

Die GFK hat im vergangenen Jahr ihr Reglement überarbeitet. Mit dieser Revision erfolgten Anpassungen, die durch das Inkrafttreten der überarbeiteten Geschäftsordnung des Grossen Rates notwendig wurden. Die wesentlichen Änderungen im Reglement betreffen die "Aufsicht über selbständige Anstalten und Aktiengesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons".

Im Weiteren wurde die GFK erstmals durch den Regierungsrat eingeladen, eine Stellungnahme zu einem Konkordatsentwurf abzugeben. Die Vernehmlassung zum Konkordat über die Sicherheitsunternehmen konnte die GFK fristgerecht und kompetent bearbeiten und dem Regierungsrat abgeben. Der Regierungsrat hat beschlossen, bei allen Konkordatsentwürfen eine Vernehmlassung bei der GFK durchzuführen. Die GFK hat vorderhand darauf verzichtet, in ihrem Reglement das Verfahren für die Bearbeitung von Vernehmlassungen zu Konkordaten aufzunehmen. Dies soll gegebenenfalls erst erfolgen, wenn der parlamentarische Vorstoss von Kantonsrätin Renate Bruggmann erledigt ist und der GFK definitiv diese Aufgabe zugeteilt wird.

Die GFK hat sich im vergangenen Jahr auch speziell mit dem Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg befasst. Sie hat vom Regierungsrat ein Gesamtkonzept über die künftigen Entwicklungen des Arenenbergs verlangt. Anfang Juni 2009 haben die drei involvierten Regierungsräte Dr. Kaspar Schläpfer, Monika Knill und Dr. Jakob Stark gemeinsam der GFK dazu ein Gesamtkonzept präsentiert. Darin sind die wichtigsten Ziele zum BBZ Arenenberg und zum Napoleonmuseum enthalten. Insbesondere ist darin auch die künftige räumliche Zuteilung an die beiden Institutionen enthalten. An der Gesamtanlage Arenenberg sollen in den nächsten Jahren etappenweise verschiedene Gebäude erneuert werden. Zurzeit ist die Sanierung des Hauptbaus in Arbeit (16 Millionen Franken). Für die Jahre 2011 bis 2016 sind gemäss Grobkostenschätzung weitere 24 Millionen Franken für verschiedene Sanierungen vorgesehen. Diese Sanierungsplanung steht im Einklang mit dem vom Regierungsrat präsentierten Gesamtkonzept Arenenberg.

Die Mitglieder der GFK haben sich während des vergangenen Jahres engagiert und intensiv mit den übertragenen Aufgaben befasst. Ich stelle erfreut fest, dass es der Kommission gelungen ist, immer den Gesamtzusammenhang im Blick zu behalten. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der GFK für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit.

Eintreten ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung obligatorisch.

Präsidentin: Der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission hat das Wort für seine einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Ein weiterer Geschäftsabschluss des Kantons Thurgau liegt vor. Die GFK beginnt ihre Beratungen zum Geschäftsbericht mit der Eintretenssitzung. Dazu sind jeweils auch die Fraktionspräsidien und das Grossratspräsidium eingeladen. Für einmal herrschte an dieser Sitzung eine selten einhellige Meinung quer durch alle Fraktionen hindurch, dass ein hervorragender Abschluss vorliege. Es liegt sogar ein historisch guter Abschluss vor. Natürlich erlebten wir an der Eintretenssitzung einen sichtlich stolzen und entspannten Finanzdirektor. In seinem Vorwort zum Geschäftsbericht preist er den Finanzierungsüberschuss der Gesamtrechnung von 86 Millionen Franken als das beste Finanzergebnis aller Zeiten. Das Rechnungsergebnis ist wirklich erfreulich. Im Namen der GFK gratuliere ich dem Regierungsrat dazu. Ein grosser Dank gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, die ebenfalls zu diesem Resultat beigetragen haben. Die hohe Budgetgenauigkeit zum Beispiel ist Ausdruck der guten Arbeit, die geleistet wurde. Der Rechnungsabschluss 2008 ist der erste seit der Einführung der NFA. Er ist deshalb nur bedingt vergleichbar mit den Vorjahren. Die NFA hat auch zum guten Ergebnis beigetragen. Anstelle der budgetierten 80 Millionen Franken ist der Kanton um rund 97 Millionen Franken, also um rund 17 Millionen mehr entlastet worden. In gewohnt verantwortungsvoller Art haben die Subkommissionen der GFK die Beratung des Geschäftsberichtes durchgeführt. Besonders erwähnen möchte ich die insgesamt 29 Ämterbesuche im vergangenen halben Jahr. Ich stelle fest, dass das direkte Gespräch zwischen den Parlamentariern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung ebenso wertvoll ist wie dicke Berichte. Ich halte mich kurz und verweise für Details zu Rechnung und weiteren Fakten auf die Subkommissionsberichte.

Haag, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion freut sich über den hervorragenden Rechnungsabschluss 2008. Wir gratulieren der gesamten Verwaltung und dem Regierungsrat zu diesem Resultat. Insbesondere die von aussen attestierte hohe, wenn nicht höchste Effizienz der Thurgauer Verwaltung innerhalb der Schweiz ist hervorzuheben. Wir sind stolz darauf, dass sich der Thurgau in einer hervorragenden Ausgangslage für die zukünftigen Herausforderungen befindet. Diese stehen vor der Türe, so zum Beispiel die Auswirkungen der Finanzkrise, um nur eine zu nennen. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er insbesondere in dieser guten Ausgangslage weiter sorgfältig und weitsichtig agiert. Der Kanton ist aber keine Bank. Er hat die Dienstleistungen möglichst effizient und mit möglichst wenig Belastungen für die Bevölkerung zu erbringen. Die anstehende Steuerreform ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. Die CVP/GLP-Fraktion dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung. Weiter so!

Richard Nägeli, FDP: Wir blicken auf ein feudales Rechnungsergebnis zurück. Die Gesamtrechnung schliesst mit einem Finanzierungsüberschuss von 86,2 Millionen Franken ab, dem besten Finanzergebnis unseres Staates aller Zeiten. Dazu kommt, dass wir seit

zehn Jahren immer positive Abschlüsse ausweisen. Das hat dazu geführt, dass die Nettoschuld von 331 Millionen Franken vor zehn Jahren zu einem Nettovermögen von 222 Millionen Franken angewachsen ist, was einer Verbesserung von über 550 Millionen Franken entspricht. Das Eigenkapital beträgt stolze 260 Millionen Franken und liegt damit ebenfalls weit mehr als 100 Millionen Franken über dem Ziel des Regierungsrates. Die Summe, die in Zukunft durch Abschreibungen zu tilgen ist, ist auf ein Rekordtief von 16 Millionen Franken gesunken. Vor zehn Jahren betrug die Abschreibungslast noch über 350 Millionen Franken. Erfreulich sind auch die getätigten Nettoinvestitionen von 78 Millionen Franken. Diese feudalischen Zahlen beinhalten riesige Chancen, aber auch Risiken. Eine grosse Chance sehen wir darin, dass wir uns die bevorstehende Steuergesetzrevision problemlos leisten können. Ohne neue Steuerzahler reicht der Finanzierungsüberschuss von 86,2 Millionen Franken bestens zur Deckung der geplanten Steuerausfälle von 62 Millionen Franken aus. Überdies verfügt der Kanton über eine enorme Risikofähigkeit von mehreren 100 Millionen Franken. Das ist unser grosser Vorteil gegenüber anderen Kantonen. Erfreulich ist, dass der Regierungsrat die wirkungsvollsten Impulse zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ausgelöst hat, nämlich Steuersenkungen und das Vorziehen von Investitionen. Wir sehen sogar bereits weiteres Potential für zukünftige steuerliche Verbesserungen. Bereiche mit Handlungsbedarf haben wir in den letzten Jahren schon bekanntgegeben. Eine Gefahr des guten Abschlusses besteht darin, dass Ansprüche von verschiedenen Interessengruppen angemeldet werden. Diese gilt es abzuwenden beziehungsweise nur für dringende und wichtige Kernaufgaben zu bewilligen. Auch wenn der Thurgau die kostengünstigste Verwaltung aller Kantone besitzt, dürfen wir keinesfalls von der straffen Ausgabenpolitik abweichen. Schliesslich stehen wir betreffend Steuerkraft gleichzeitig weit hinten im interkantonalen Vergleich. Deshalb ist ein schlanker, aber starker Staat die einzige Möglichkeit, dass es uns trotzdem gut geht. Die FDP hat bei der Budgetierung eine Begrenzung des Ausgabenwachstums von 0,75 % gefordert, allerdings bei einem damals prognostizierten Wirtschaftswachstum von 1,5 %. Dank des besseren Wirtschaftsverlaufes konnte das Stabilisierungsziel mit einer Steigerung des NFA-bereinigten liquiditätswirksamen Aufwandes von 1,4 % trotzdem erreicht werden. Wachsam werden wir die Ausgabenentwicklung im Amt für Volksschule verfolgen. Nach einer kurzfristigen positiven Entwicklung entsprechend unseren Forderungen in den vergangenen Jahren ist der Aufwand innerhalb eines Jahres wieder um fast 10 % gestiegen. Das Geld muss in die Schulstube und nicht in die Verwaltung. In Bezug auf die Budgettrichtlinien begrüssen wir die Begrenzung der Steigerung des liquiditätswirksamen Aufwandes und der Personalkosten auf maximal je 1 %. Grundsätzlich ist auch die vom Regierungsrat früher immer wieder angestrebte Stellenplafonierung weiterzuführen. Im Moment orten wir in einzelnen Bereichen andere Signale, die aber über die ganze Verwaltung strikte zu kompensieren sind. Störend ist die Idee der Erhöhung des Vaterschaftsurlaubes von zwei auf fünf bezahlte Tage. Väter können auch ordentliche Ferien beziehen. Zur Verstärkung der Impulse zur Arbeitsplatzerhaltung schla-

gen wir eine Erhöhung der Nettoinvestitionen auf 100 Millionen Franken in den Jahren 2010 und 2011 vor. Für die Finanzplanperiode erwarten wir auch eine ausgeglichene Laufende und Gesamtrechnung und kein Defizit. Mit Genugtuung nehmen wir die sorgfältigen Überlegungen des Regierungsrates zum Ausgabenwachstum für das Budget 2010 wahr, nämlich maximales Wachstum der massgebenden Ausgaben von 1,0 %, Handhabung von Sonderfällen bei übermässigen Entwicklungen, Vorsehen von Kompensationen in solchen Fällen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ausgabenstabilisierung erwarten wir in den nächsten Richtlinien Angaben über das Maximalwachstum der konsolidierten Ausgaben. Die FDP dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für den informativen Geschäftsbericht, für die offenen, sachlichen Informationen bei den Ämterbesuchen und den Beratungen der Rechnung sowie schliesslich für die Leistungen, die zum guten Resultat geführt haben. Wir gratulieren zum feudalen Ergebnis und freuen uns auf eine weiterhin erfolgsorientierte Aufgabenerledigung. Wir stimmen sämtlichen Anträgen der GFK einstimmig zu.

Wittwer, EVP/EDU: Ich möchte erstens zur Dankbarkeit, zweitens zur Wirtschaftlichkeit und drittens zur Transparenz sprechen. 1. Zur Dankbarkeit: Die EVP/EDU-Fraktion nimmt den ausführlichen und positiven Geschäftsabschluss mit Freude zur Kenntnis und bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung für die gute Arbeit, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Nicht nur die Verwaltung hat gute Arbeit geleistet, auch die Thurgauer Wirtschaft und die Steuerzahler haben zum Ergebnis einen nicht unwesentlichen Teil beigetragen. Nur wenn alle Rädchen in einem System mitlaufen, kann mit dem kleinsten Aufwand das beste Resultat erzielt werden. Oft müssen wir aber auch feststellen, dass der beste Wille der Menschen nicht genügt, um erfolgreich zu sein. Naturkatastrophen, Naturereignisse, Krankheiten können unsere Erfolgsfaktoren sehr schnell einschränken oder gar verhindern. Es gibt Faktoren, die den Erfolg ohne unser Wissen, unseren Fleiss oder unsere finanziellen Mittel beeinflussen: Durch Gottes Segen beschenkt zu werden. Auch dafür sind wir sehr dankbar. 2. Zur Wirtschaftlichkeit: Unsere Fraktion ist überzeugt davon, dass jedes Regierungsratsmitglied versucht, die ihm zugeteilten Aufgaben effektiv und effizient zu erfüllen. Allerdings wünschen wir uns, dass die Gesamtschau verbessert wird und somit die departementsübergreifenden Aufgaben optimaler erledigt werden. Das Traktandum mit den Nachtragskrediten zeigt, dass hier noch Optimierungspotential vorhanden ist. 3. Zur Transparenz: Die EVP/EDU-Fraktion möchte sich bei dieser Gelegenheit beim Regierungsrat bedanken und ihn ermutigen, die offene Informationspolitik beizubehalten und die Werte Ehrlichkeit und Transparenz im Allgemeinen und insbesondere auch im Geschäftsbericht weiterhin hoch zu halten. Die EVP/EDU-Fraktion wird dem Geschäftsbericht und der Verwendung des Ertragsüberschusses einstimmig zustimmen.

Kummer, SVP: Die befürchtete Wirtschaftskrise ist Tatsache. Sie hat auch unseren Kanton erreicht. Viele Unternehmen haben Mühe. Kurzarbeit, ja sogar Entlassungen, sind an der Tagesordnung, und gerade jetzt dürfen wir mit einem ausserordentlich positiven Jahresergebnis vielen Mut machen. Uns, und damit meine ich den Kanton Thurgau, geht es finanziell sehr gut, wenn man die Jahresrechnung 2008 und die Bilanz anschaut. Wir dürfen das beste Ergebnis aller Zeiten zur Kenntnis nehmen. Ein Gewinn von 79 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, und das bei Investitionen von 78 Millionen Franken, ergibt eine sehr gute Ausgangslage für die Zukunft. Der Jahresgewinn entspricht ungefähr 18 Steuerprozenten. Das heisst, dass wir immer noch einen grossen Spielraum für die vorgesehene Steuergesetzesrevision haben, auch wenn wir aufgrund der wirtschaftlichen Talfahrt künftig Einbussen beim Steuerertrag in Kauf nehmen müssen. Steuerentlastungen helfen sicherlich mit, dass unsere Unternehmen wieder schneller auf die Beine kommen. Aber auch andere Massnahmen könnten helfen. Der Voranschlag 2010 ist in Arbeit, und ich bin gespannt, was sich der Regierungsrat ausser der Unterstützung der Bauwirtschaft alles einfallen lässt. Auf das Eigenkapital, das mit 260 Millionen Franken auch auf einem Höchststand ist, dürfen wir stolz sein. Es verleiht ein gutes Gefühl und ermöglicht es uns sogar, künftig ein wenig vom Vermögen zu leben. Ziel der Finanzplanung ist ein Eigenkapital von 10 % der Bilanzsumme, 150 Millionen Franken. Es stehen also 110 Millionen Franken mehr zur Verfügung. Dazu kommt, dass auch die stillen Reserven laufend vergrössert werden und ein ansehnlicher Betrag vorhanden ist. Dass Regierungsrat und Verwaltung sehr gut gearbeitet haben, zeigt die Entwicklung der konsolidierten Ausgaben. Das nominale Wirtschaftswachstum im Kanton Thurgau liegt im Jahr 2008 bei rund 3 %, die konsolidierten Staatsausgaben lediglich bei 2 %. Die Entwicklung der Staatsquote kann auch positiv erwähnt werden. Sie ist rückläufig. Erfreulich ist zudem, dass dank Steuergesetzesrevision und Steuerfusssenkung die Steuerquote abgenommen hat. Sie sank von 6,2 % auf 5,9 % und wird mit der vorgesehenen Gesetzesrevision weiter sinken. Aufgrund der momentanen finanziellen Situation kann uns in den nächsten Jahren eigentlich gar nichts passieren, wenn wir nur einigermaßen vernünftig bleiben. Ich meine aber, dass wir nicht nur vernünftig bleiben, sondern alles daran setzen sollten, um den Kanton attraktiv zu halten und für gleich bleibende Qualität mit gleichem Angebot an Dienstleistungen für alle Thurgauerinnen und Thurgauer einzustehen. Auch den Politischen Gemeinden geht es mehrheitlich gut. Durch die NFA und die Neuregelung des Finanzausgleichs im Kanton konnten 54 Gemeinden ihren Steuerfuss senken. Damit konnte das Hauptziel des Finanzausgleichs, nämlich die grossen Unterschiede bei den Steuerfüssen zu verringern, erreicht werden. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für den sehr guten Rechnungsabschluss und die vorbildliche Berichterstattung. Wir werden allen Anträgen zustimmen, welche die GFK vorschlägt. Uns geht es gut. Freuen wir uns auf die Zukunft, in der es unserer Bevölkerung finanziell noch besser gehen wird, weil wir weniger Steuern bezahlen.

Hugentobler, SP: Im Namen der SP-Fraktion kann ich mich dem Dank meiner Vorredner anschliessen. Auch wir sind hoch zufrieden mit dem historischen Abschluss. Er zeigt, dass alle Beteiligten seriös und umsichtig gearbeitet haben. Auch die Budgetgenauigkeit weist darauf hin, dass es kein Zufallsergebnis ist. Bei einem CVP-"Finanzminister" ist man beinahe versucht, anzustimmen: "Lobet und preiset Ihr Räte den Finanzminister." Hier könnten wir noch mitmachen. Folgerichtig müssten wir dann aber weitersingen: "Freuet Euch seiner und dienet ihm gern." Da hört es dann mit der Gefolgschaft auf. Das ausgezeichnete Resultat zeigt, welchen Spielraum wir für Steuersenkungen gehabt hätten. Die SP und mit ihr viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler können heute noch nicht verstehen, warum nicht alle Steuerpflichtigen schnell entlastet worden sind. Geld auf Vorrat einzutreiben, um dann eine unsoziale Reform finanzieren zu können, ist unverschämt. Gerade in der Krise, wie wir sie jetzt erleben, gehört das Geld in das Portemonnaie der Konsumenten und nicht in die Staatskasse. Da wird mir die FDP sicher beipflichten können. Der gute Rechnungsabschluss ist nicht aus heiterem Himmel gekommen. Substanz war immer vorhanden, man hat sich im Hinblick auf die Flat Rate Tax einfach nicht dagegen gewehrt. Die NFA beschert uns einen Geldsegen "Dagobert Duck'schen" Ausmasses. Die Auswirkungen sind im Moment sehr positiv, wir müssen aber über das Jahr 2012 hinausschauen. Die Entwicklung zeigt, dass einer der grossen Geberkantone, der Kanton Zürich, ziemlich schlecht dasteht. Es ist zu befürchten, dass er nach dem Jahr 2012 weniger bezahlt und wir somit auch weniger bekommen werden. Neben der Flat Rate Tax war in der GFK auch das neue Beitragsgesetz bereits ein Thema. So gab der Geschäftsbericht nicht nur Anlass zu zufriedenem Rückblick, sondern auch zu etwas angeheizter Vorausschau. Ich möchte allen Beteiligten nochmals herzlich gratulieren und danken. Die SP-Fraktion wird den Anträgen der GFK zustimmen.

Somm, GP: Im Namen der Grünen Fraktion schliesse ich mich kollektiv gerne den Gratulationen und dem Dank an. Die NFA ist bei uns mit voller Wucht angekommen, und unser "Finanzminister" hat mit Genugtuung die zusätzlichen 97 Millionen Franken verbucht. Sie tun uns gut, freuen wir uns gemeinsam darüber. Die Wirtschaftskrise hat ihre Schatten auf den Geschäftsbericht 2008 lediglich ein bisschen vorausgeworfen, indem die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen um 15 % eingebrochen sind. Das sind immerhin 10 Millionen Franken. Das sollte ein Mahnmal dafür sein, was noch kommen könnte. Dennoch ist aufgrund der hervorragenden Rechnung klar, dass ein erhebliches Potential besteht, um die Steuern zu senken. Die laufende Debatte wurde von hüten und drüben bereits dazu verwendet, für die Flat Rate Tax zu werben. Ich möchte darauf verzichten. Das Volk entscheidet am 27. September darüber, wie die Steuern gesenkt werden, und im Dezember entscheiden dann hoffentlich wir, in welchem Ausmass dies zu geschehen hat. Nebst der Herausforderung, die Steuerbelastung so moderat wie möglich zu halten, gibt es aber auch noch weitere wichtige Herausforderungen, die zu erwähnen sind. Ich denke dabei an die demographische Entwicklung und damit an die

Gesundheitskosten. Hier sind allerdings unsere Einflussmöglichkeiten sehr gering. Ich denke aber auch an die Energieversorgung unseres Kantons. Da haben wir bereits einige grosse, gute und richtige Schritte gemacht. Wenn ich dann aber höre, dass die geringe Menge an Solarstrom, die im Kanton Thurgau produziert wird, nicht im Thurgau abgesetzt werden kann, sondern man darauf angewiesen ist, dass sie das Elektrizitätswerk des Kantons Zürich zu einem besseren Preis abkauft, ist das durchaus ein Armutszeugnis für einen Kanton, der sich in der Energiepolitik zur Champions League zählen möchte. Dabei spielt die EKT einmal mehr eine ziemlich schlechte Rolle. Ich lade deren Verwaltungsräte ein, auch energiepolitisch endlich im Jahr 2009 anzukommen. Weil Energieversorgung und Politik auch im Thurgau ineinanderlaufen, hat sich die Grüne Fraktion klar dafür ausgesprochen, dass der Regierungsrat weiterhin Mitglied des Verwaltungsrates der EKT ist. Somit bleibt die Geschäftspolitik der EKT für uns greifbar. Eine weitere grosse Herausforderung in unserem Kanton sehen wir im Stoppen der Zersiedelung. Wir möchten keine Käseglocke über unseren Kanton hängen, doch muss die Entwicklung in Zukunft gelenkt werden, ansonsten wir in dasselbe Dilemma wie grosse Teile des Schweizer Mittellandes geraten. Ganz speziell möchten wir unser Augenmerk auf den Schutz des Seeufers richten. Wir haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat mit einem Teil des Ertragsüberschusses des letzten Jahres den Seeuferparzellenfonds äufnen will. Wir fordern den Regierungsrat auf, dieses Geld dann nicht nur im Fonds zu belassen, sondern es auch zu benützen. Ein Kompliment machen möchte ich dem Regierungsrat in Bezug auf die Konjunkturprogramme. Es ist kein Aktivismus spürbar, aber es wird geprüft, wo man sinnvolle Investitionen vorziehen kann. Das Standortmarketing wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Es wurden immer wieder schöne Plakate kreiert und aufgehängt. Trotzdem appelliere ich diesbezüglich, auf dem Boden zu bleiben. Auch die Zielsetzung des Standortmarketings möchte ich hinterfragen. Wir sind eigentlich schon ein Volk von Pendlern im Thurgau. Kann es sein, dass wir im Bahnhof Zürich noch weitere Pendler ansprechen und "züchten" möchten? Wir müssen das Hauptaugenmerk darauf legen, Firmen und Arbeitsplätze in unseren Kanton zu holen. Sie bringen wir nicht mit Plakaten in unseren Kanton. Dafür braucht es lediglich gute Rahmenbedingungen, die wir haben, und eine intensive und enge Zusammenarbeit mit den führenden Wirtschaftsberatungsunternehmen, die auch stattfindet. Die Grüne Fraktion setzt deshalb ein grosses Fragezeichen hinter die Plakatkampagnen. Sie würde sich sehr darüber freuen, wenn man diesen Budgetposten massiv kürzen oder sogar ganz streichen könnte. Die Entwicklung findet statt. Die Lebensqualität in unserem Kanton ist hervorragend, wir dürfen sie täglich erfahren. Die Kunst ist es nun, sie zu bewahren.

Regierungsrat **Koch**: Ich danke Ihnen namens des Regierungsrates sowie des Staatschreibers ganz herzlich für die gute Aufnahme der Rechnung 2008. Es ist eine hervorragende Rechnung, die wir heute präsentieren dürfen. Wir sind dankbar für die gute Zu-

sammenarbeit, und wir hoffen, dass Sie auch dann auf dieser Basis mit uns zusammenarbeiten werden, wenn es uns nicht mehr so gut geht. Das Rechnungsergebnis reiht sich nahtlos an die beiden letzten Jahre an. Auch die Gesamtrechnung war in den vergangenen neun Jahren immer positiv. Das Mahnmal für den Thurgauer Regierungsrat sind die neunziger Jahre, in denen grosse Defizite eingefahren werden mussten. Wir haben uns erholt und stehen heute finanziell ausgezeichnet da. Wir haben dank dieses Ergebnisses auch einen grösseren Spielraum, den wir gemeinsam erarbeitet haben. Wir sind überzeugt davon, auf dem richtigen Weg zu sein. Wichtig für uns zu wissen ist, dass wir diese finanzielle Ausgangslage nicht auf Kosten der Gemeinden erarbeitet haben. Auch die Gemeinden verfügen über eine ausgezeichnete Finanzlage. Darauf wurde von Kantonsrat Kummer hingewiesen. Regierungsrat und Grosser Rat haben sich dafür entschieden, den Spielraum mit Steuerentlastungen zu nutzen, was unsere Wirtschaft auch wieder beleben wird. Es war das erste Jahr mit der NFA. Wir können noch nicht von einer Bewährung sprechen, heute aber mindestens feststellen, dass der Start geglückt ist. Das ist auch deshalb der Fall, weil nicht nur der Kanton von der NFA profitiert, sondern auch die Gemeinden. Man stellt einmal mehr fest, dass man schon nicht mehr genau weiss, was wir mit diesem Geld alles gemacht haben. Wir haben einen Teil an die Gemeinden weitergeleitet. Wir haben auf den 1. Januar 2008 eine Steuergesetzrevision umgesetzt und den Steuerfuss gesenkt. Das konnten wir nur dank der NFA tun. Die 97 Millionen Franken haben wir nicht nur in die Staatskasse fliessen lassen, sondern einen Teil davon bereits wieder an die Steuerpflichtigen zurückgegeben. Die Investitionen sind leicht über dem Budget. Kantonsrat Richard Nägeli möchte ich entgegnen, dass wir nicht zaubern können. Wir können nicht eine ausgeglichene Gesamtrechnung vorlegen und dann noch die Investitionen erhöhen, wie wir das in den letzten Jahren getan haben. Wir werden das in den nächsten Jahren nicht mehr tun können, sondern von unserer Reserve zehren müssen. Wir sind auch sehr dankbar, dass wir den beeinflussbaren Aufwand im Griff haben. Gedanklich sind wir bereits beim Budget 2010 und beim Finanzplan 2011 - 2013, und da spielt natürlich auch das Rechnungsergebnis 2009 eine ganz wesentliche Rolle. Ich kann Sie heute nicht umfassend darüber informieren, wie das Rechnungsergebnis 2009 aussehen wird. Das werden wir Ende Juli besser tun können, wenn der Controllingbericht vorliegt. Sagen kann ich jedoch, dass wir mindestens bei den Einnahmen mehr als auf Kurs sind. Die Steuereinnahmen fliessen wesentlich besser als budgetiert, vor allem bei den natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen sind sie rückläufig im Vergleich zum letzten Jahr. Nachdem bei uns die Steuereinnahmen der natürlichen Personen 90 % ausmachen, sind die Steuereinnahmen dieser Kategorie für uns wichtig. Sorgen bereitet auch dem Regierungsrat die Entwicklung der Konjunktur. Wir wollen nicht überreagieren, sondern versuchen, dort vermehrt zu investieren, wo wir etwas beitragen können. Wir sind uns auch einig darüber, dass es absolut notwendig ist, im Bereich der Steuern aktiv zu werden. Wir sind uns nur über die Richtung nicht einig. Für uns ist die Steuergesetzrevision das richtige Instrument. Wir müssen auch die Forderun-

gen im Zaun halten. Diesbezüglich erinnere ich an die Diskussion von heute Morgen bei Traktandum 1. Wir müssen zurückhaltend sein. Auch im sozialen Bereich, und da verweise ich auf die Prämienverbilligung, sind wir durchaus Spitze. Der Voranschlag 2010 fordert uns. Noch mehr fordert uns der Finanzplan 2011 - 2013. Wir haben für schwierige Zeiten Reserven angelegt. Es war auch richtig, dass wir den Steuerfuss in diesem Jahr nicht gesenkt haben. Es ist klug, in guten Zeiten Reserven anzulegen. Das haben wir getan. Aber es ist mindestens so klug, die Reserven zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen, und der Regierungsrat ist überzeugt davon, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist. Die Steuergesetzrevision "trifft" auch die Gemeinden. Es ist ausgeführt worden, dass die Gemeinden zusammen ein Eigenkapital von 400 Millionen, die Politischen Gemeinden ein Eigenkapital von 240 Millionen und die Schulgemeinden ein Eigenkapital von 166 Millionen Franken aufweisen. Da geht es doch nicht an, vom Staat eine Steuerfuss-senkung von 12 % zu verlangen und bei den Gemeinden nichts zu machen. Der Regierungsrat hat sich vehement gegen eine Steuerfuss-senkung gewehrt. Der Grund liegt darin, dass er weitsichtig denkt. Es wäre absolut kurzsichtig gewesen, wenn wir den Steuerfuss gesenkt hätten. Eine Steuerfuss-senkung von 12 % macht 50 Millionen Franken aus. Das ist mehr als uns die Steuergesetzrevision in den ersten beiden Jahren kostet. Deshalb ist sie der richtige Weg. Es war in den vergangenen Jahren immer auch eine Strategie der SP und der Grünen, nicht den Steuerfuss zu verändern, sondern das Steuergesetz. Dann können wir auch die richtigen Massnahmen treffen. Ich danke Ihnen nochmals ganz herzlich für die gute Aufnahme des Geschäftsberichtes und der Rechnung 2008. Wir sind überzeugt davon, dass die Rechnung 2009 ebenfalls positiv abschliessen wird, und wir meinen, dass auch das Budget 2010 noch gut aussieht. Anschliessend werden wir aber die Reserven teilweise einsetzen müssen. Kantonsrat Kummer hat ausgeführt, dass wir auf die Länge ein Eigenkapital von 150 Millionen Franken haben sollten. Das würde bedeuten, dass wir in die Steuergesetzrevision etwas mehr als 100 Millionen Franken investieren könnten, wenn wir das Rechnungsergebnis 2009 mit einbeziehen. Wir haben eine weitsichtige Steuer- und Finanzpolitik zusammen mit Ihnen betrieben und wollen diese fortsetzen. Abschliessend danke ich auch der GFK ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit. Ich danke vor allem dem GFK-Präsidenten, der wiederum eine grossartige Leistung erbracht hat.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung

Präsidentin: Wir führen die Diskussion departementsweise nach Kontengruppen. Sie wurden über das Informationsbulletin entsprechend informiert. Eine Übersicht liegt an Ihren Plätzen auf. Die Behandlung der einzelnen Kontengruppen umfasst jeweils die weissen Seiten des Geschäftsberichtes und die gelben Seiten des statistischen Anhanges. Gleichzeitig behandeln wir auch den Anhang II mit der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung.

Wir schlagen vor, die Beratung der grünen Seiten 3 bis 22 des Geschäftsberichtes (Kapitel 2: Überblick Ergebnis Rechnung) in jene des Departementes für Finanzen und Soziales zu integrieren, und zwar unter "7310-7350 Finanzverwaltung". **Stillschweigend genehmigt.**

Bitte geben Sie jeweils die Seitenzahl an und wo möglich auch die Kontonummer, auf welche Sie in Ihrem Votum Bezug nehmen.

Das Wort für seine Anmerkungen zur Detailberatung hat der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission.

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Für Informationen zur Detailberatung verweise ich auf die Berichte der Subkommissionen. Im Sinne der Effizienz verzichte ich auf materielle Ergänzungen oder weitere Erläuterungen.

Kapitel 1: Einleitung (weisse Seite 1)

Diskussion - **nicht benützt.**

3.1 Räte und Staatskanzlei

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

- Peter Kummer, Oberaach (Vorsitz)
- Myrta Klarer, Sirnach
- Cornelia Komposch, Herdern
- Richard Nägeli, Frauenfeld

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen siehe unter 3.6 Departement für Finanzen und Soziales, Seite 51 ff.).

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Kapitel 3: Rechenschaftsbericht und Rechnung

Abschnitt 3.1 Räte

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 25 bis 30)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 4 bis 11)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seite 7 Laufende Rechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 3.2 Staatskanzlei

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 33 bis 44)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 12 und 13)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seite 8 Laufende Rechnung)

Dr. Wälti, SP: Ich spreche zu Seite 33 des Geschäftsberichtes, Umsetzung Zielsetzungen Richtlinien des Regierungsrates, und in diesem Zusammenhang auch zu Seite 48, Richtlinien des Regierungsrates 2008 - 2012, Energieeffizienz EE1. Als Vertreter einer Randregion in diesem Rat pflege ich natürlich Kontakte zum benachbarten Kanton und auch zur SP Schweiz. Gleichzeitig bin ich Mitglied der gemeindeeigenen Energiekommission, in der an der Umsetzung der kantonalen Vorgaben gearbeitet wird. Überall wird der Kanton Thurgau als innovativer Impulsgeber in Sachen Energieförderprogramm wahrgenommen. Es wird aber nicht nur Lob verteilt, sondern man orientiert sich stark am Thurgauer Modell. Das Förderprogramm scheint Modellcharakter zu bekommen. Inhaltlich beschäftigt sich die Energiekommission Roggwil mit der erwähnten Energieeffizienz EE1. Das BBZ Arenenberg stellt die sehr brauchbaren Planungsunterlagen für den Bau von Biogasanlagen zur Verfügung. Dieses Instrument hat der Energiekommission punkto Machbarkeit entscheidende Impulse verliehen, sich an einer überregionalen Anlage zu beteiligen. Das Förderprogramm ist nicht nur wirkungsvoll, sondern auch umsetzbar. Dem zuständigen Regierungsrat gebührt hierfür ein spezieller Dank.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV:

- Katharina Winiger, Frauenfeld (Vorsitz)
- Carmen Haag, Stettfurt
- Dr. Hermine Hascher, Eschikofen
- Moritz Tanner, Winden

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates mit Staatsrechnung 2008

Das Rechnungsergebnis des Departementes zeigt im Vergleich zum Budget 2008 einen Aufwandüberschuss von 2,3 Millionen Franken oder 2 %.

Nettoabweichungen vom Budget 2008 von mehr als 0,5 Millionen Franken ergaben sich bei den Sozialversicherungen mit rund 4 Millionen Franken. Im Nicht-Globalbudget der Abteilung Energie fielen Minderausgaben von rund Fr. 720'000.-- an. Die anderen grösseren Abweichungen betrafen Spezialfinanzierungen:

Arbeitsmarktfonds: -2,6 Millionen Franken

Pflanzenschutzfonds: +3,6 Millionen Franken

Tierseuchenfonds: -0,5 Millionen Franken.

Keine dieser grösseren Abweichungen betrifft ein Globalbudget. Dies stellt den Budgetierenden ein sehr gutes Zeugnis aus. Diese Feststellung und die Beobachtungen bei den Ämterbesuchen machten der Subkommission einen sehr guten Eindruck. Sie dankt allen Beteiligten für die engagierte Arbeit für den Kanton.

Ämterbesuche

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Landwirtschaftsamt
- Staatsarchiv
- Amt für AHV und IV
- Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die Ämterbesuche waren wie gewohnt spannend und informativ. Wiederum hat sich der Eindruck von engagiert und professionell geführten Ämtern bestätigt. Es hat sich auch deutlich gezeigt, dass die Person des Amtschefs die Kultur eines Amtes massgeblich prägt.

Bei den generellen Fragen des Fragenkataloges wurde diesmal die Frage nach den frei verfügbaren Boni quer durch alle Departemente gestellt. Interessanterweise wurden dabei Zustimmung und Ablehnung laut. Es zeigte sich damit einmal mehr, dass fast alle Gegebenheiten positiv oder negativ aufgefasst werden können.

Bei allen Ämterbesuchen des DIV wurde auch die Frage gestellt: "Gibt es spezielle personelle Vorkommnisse, die zu Rückstufungen oder Kündigungen führten?" Die Sub-

kommission wurde erfreulich offen über heikle Personalsituationen informiert.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

3010 Generalsekretariat

Produktgruppe "Öffentlicher Verkehr/Tourismus"

Abgestützt auf das "Konzept Öffentlicher Regionalverkehr Kanton Thurgau 2004 - 2008" wurde das Fahrplanangebot im Vergleich zum Vorjahr um weitere 294'000 Kilometer erweitert. Parallel dazu stiegen die Passagierzahlen im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 Million.

Produktgruppe "Energie"

Für die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz stand ein ordentliches kantonales Budget von knapp 5,2 Millionen Franken zur Verfügung. Der Bundesbeitrag im Jahr 2008 betrug rund 2 Millionen Franken. Da jedoch erst ein Teil der Projekte realisiert wurde, konnten nicht alle zugesicherten Förderbeiträge ausbezahlt werden. Damit wurde auch der Beitrag des Bundes erst teilweise ausbezahlt.

3110 Staatsarchiv

Hauptthema des Staatsarchivs war auch im letzten Jahr die Planung und Implementierung der Registraturpläne in den kantonalen Dienststellen; vorläufig in elektronischer und physischer Form. Daneben banden die weitere Detailplanung und die Realisierung des Neubaus (insbesondere der technischen Arbeitsplätze und öffentlichen Räume) beträchtliche Ressourcen. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Vorbereitungen für den Umzug in das neue Staatsarchiv.

3420 Amt für AHV und IV

Die IV-Stelle wird seit 1. Januar 2008 neu in interdisziplinären Teams geführt. Mit der Anstellung von Eingliederungsverantwortlichen soll dem Grundsatz "Integration vor Rente" zum Durchbruch verholfen werden. Neu stehen den Eingliederungsspezialisten zudem Instrumente der Frühintervention und Integrationsmassnahmen zur Verfügung.

3530 Amt für Wirtschaft und Arbeit

In der zweiten Jahreshälfte begann das Amt die Folgen der Finanzkrise zu spüren. Vor allem im Bereich der Kurzarbeitsentschädigungen war nebst der administrativen Mehrbelastung ein deutlicher Beratungszuwachs feststellbar. Damit verbunden war auch ein markanter Anstieg der versicherten Personen bei der Arbeitslosenversicherung.

Im Bereich der flankierenden Massnahmen wurden im vergangenen Jahr 425 Betriebe und 1'173 Personen in Branchen ohne GAV kontrolliert. Verwarnungen wurden 82 ausgesprochen; 13 Firmen wurden rechtskräftig gebüsst.

3610 Landwirtschaftsamt

Feuerbrandbekämpfung: Das Bundesamt für Landwirtschaft bewilligte das Gesuch zum Einsatz von Streptomycin im Frühjahr 2008. Dadurch entspannte sich die Situation im Erwerbsobstbau; es mussten im Vergleich zum Vorjahr weniger Bäume gerodet werden.

Hanfanbau: Es gilt einmal mehr, festzuhalten, dass die Verfütterung von Hanf oder Produkten davon an Nutztiere in jeder Form oder Art verboten ist.

Ressourcenprojekt Ammoniak: Das Projekt läuft seit dem Frühjahr 2008. Ziel ist, die Ammoniakemissionen von 2008 - 2013 um 20 % pro Jahr zu senken.

3640 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Der Bereich Bildung wird neu im DEK geführt. Ohne Zusatzinformationen ist es schwierig, die unterschiedlichen Rechnungsergebnisse in der Produktgruppe "Bildung" im DEK und im DIV nachzuvollziehen. Gemäss Regierungsrat ist die heutige Regelung aber in der Handhabung klar und damit befriedigend.

Um die produktionstechnische und die betriebswirtschaftliche Beratung für die Landwirtschaftsbetriebe und die Beratung für ländliche Haushalte besser verbinden zu können, wurde die Beratung im Berichtsjahr von Weinfeldern auf den Arenenberg verlegt.

3930 Veterinäramt

Die Massnahmen zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe und die Impfkampagne im Zusammenhang mit der Blauzungenkrankheit forderten das Amt 2008 in ausserordentlichem Ausmass.

Der Bereich Tierschutz war geprägt vom Inkrafttreten der neuen kantonalen Hundegesetzgebung. Die Bewilligungspflicht für potentiell gefährliche Hunde und die weiteren Änderungen verlangten grossen Einsatz. Glücklicherweise ergaben sich aber auch Synergien in der Zusammenarbeit von Tierschutzbeauftragtem und Amtstierarzt.

Die Subkommission DIV hat keine Anträge und empfiehlt dem Grossen Rat, den Geschäftsbericht und die Rechnung 2008 des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft zu genehmigen.

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.3 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 47 bis 112)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 14 bis 17)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 9 bis 14 Laufende Rechnung, Seite 63 Investitionsrechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

3.3 Departement für Erziehung und Kultur

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DEK:

- Walter Hugentobler, Matzingen (Vorsitz)
- Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus)
- Verena Herzog, Frauenfeld
- Peter Markstaller, Kreuzlingen

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates mit Staatsrechnung 2008

Die Mitglieder der Subkommission DEK danken Regierungsrätin Monika Knill und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die unkomplizierte Zusammenarbeit und den umfassenden Einblick in die Tätigkeiten des Departementes. Mit der neuen Departementschefin, dem neuen Generalsekretär und dem neuen Leiter Rechtsdienst wurden im letzten Jahr Spitzenpositionen im DEK neu besetzt; ebenso gab es Veränderungen im Sekretariat. Dies führte zu keinen nennenswerten Verzögerungen oder Schwierigkeiten in den Abläufen. Regierungsrätin Monika Knill, Generalsekretär Paul Roth und der neue Leiter Rechtsdienst Marcel Volkart haben sich in ihrem neuen Arbeitsumfeld schnell eingelebt und zurechtgefunden.

Ämterbesuche

Die Subkommission DEK hat im Februar/März 2009 folgende Ämter besucht:

- Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen
- Kantonsschule Kreuzlingen
- Generalsekretariat DEK
- Kulturamt
- Amt für Volksschule
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Bei den Ämterbesuchen wurde die Subkommission transparent informiert, die Fragen wurden umfassend beantwortet.

In Kreuzlingen wurden die beiden am Campus beteiligten Mittelschulen - und im Rahmen des Jahresberichtes der PHTG auch die Hochschule - besucht. Die Zusammenarbeit der drei Bildungsinstitutionen ist auf erfreulichem Weg; Synergien werden genutzt, und es können dadurch Probleme der Einzelschulen gelöst werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

4000 DEK allgemein

Auf Seite 115 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Untenstehend die richtige Tabelle:

Laufende Rechnung	R2008	B2008	R2007	R2008/B2008 Abw. in Fr.	R2008/R2007 Abw. in Fr.
Aufwand	405'228'683	403'725'000	357'955'685	1'503'683	47'272'998
Ertrag	70'671'843	50'320'900	43'547'652	20'350'943	27'124'191
Aufwandüberschuss	-334'556'840	-353'404'100	-314'408'033	-18'847'260	20'148'807

Die Beiträge des Amtes für Volksschule an die Schulgemeinden sind infolge Steuerkraft-
terhöhung und Rückgang der Schülerzahlen um 22,9 Millionen Franken gesunken. Dies
ist ein gewaltiger Sprung; solche Mindereinnahmen sind für die Schulgemeinden schwie-
rig zu budgetieren. Es wird Aufgabe der Beratung des neuen Beitragsgesetzes sein, die
Ausschläge zu glätten.

4010 - 4012 Generalsekretariat

Bei den personellen Wechseln wurden für einen reibungslosen Übergang zum Teil kurze
zeitliche Überschneidungen für die Einarbeitung des Nachfolgers in Kauf genommen.
Die Veränderungen sind sehr gut über die Bühne gegangen; das Generalsekretariat ist
am Konsolidieren.

Im Rechtsdienst ist die Anzahl der zu behandelnden Rekurse zurückgegangen. Neben
der rückläufigen Schülerzahl dürfte dafür auch die Einführung der Geleiteten Schulen
verantwortlich sein. Nach einem Schulleitungsentscheid ist die Behörde vor Ort erste
Rekursinstanz, viele Streitigkeiten können daher schon auf Schulgemeindeebene ent-
schieden werden.

In den Budgetjahren 2010 - 2014 werden - unter Vorbehalt der Genehmigung durch den
Grossen Rat - beim Generalsekretariat jährlich rund 1 Millionen Franken für die Umset-
zung des Konzeptes für eine koordinierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eingesetzt
werden.

4110 - 4116 Amt für Volksschule (AV)

Der Wechsel in der Leitung der Abteilung Schulpsychologie und Schulberatung (SPB)
hat zu einigen Verbesserungen und zu einer Beruhigung der Situation geführt. Die Stel-
lenbesetzung in diesem Bereich ist sehr schwierig, da der Markt völlig ausgetrocknet ist.
Die Projekte im AV verfügen über eine Projektorganisation, welche die Verankerung und
die schnelle Rückmeldung aus der Praxis gewährleisten.

Die Umsetzung in den Schulgemeinden wird von der Schulaufsicht überwacht. Schulauf-
sicht und Schulentwicklung arbeiten eng zusammen, die Schulen werden in regelmässi-
gen Abständen von der kantonalen Schulevaluation durchleuchtet.

Trotz sinkender Schülerzahlen ist im SPB keine Verminderung der Abklärungszahlen zu
verzeichnen. Verschiedene Gründe sind dafür massgeblich, nicht zuletzt Verunsicherung
und Misstrauen von Eltern gegenüber schulischen Entscheiden.

Die geplante Broschüre "Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus" liegt im Entwurf vor. Sie enthält Regeln und Leitideen zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Schule sowie Informationen zur Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus. Sie wird ab 2010 den Eltern an Anlässen kommentiert abgegeben werden können.

4130 - 4131 Amt für Mittel- und Hochschulen (AMH)

Nach abgeschlossener Vernehmlassung liegt ein Vereinbarungsentwurf zur Stipendienharmonisierung der Interkantonalen Stipendienkonferenz vor. Sollte die Freigabe beschlossen werden und der Kanton Thurgau beitreten, umfasst das Thurgauer Stipendienrecht bereits heute die meisten Minimalstandards.

Die Kosten pro Schüler/Schülerin an der Kantonsschule Wil waren rund Fr. 1'000.-- höher als budgetiert. Dies lässt sich mit der kleineren Anzahl Schüler/Schülerinnen pro Klasse und den allgemeinen Besoldungsentwicklungen begründen. Die Personalkosten an der Kantonsschule Wil sind aber weiterhin die tiefsten aller staatlichen Mittelschulen im Kanton St. Gallen. Nächstes Jahr sollten die Kosten pro Schüler/Schülerin im interkantonalen Vergleich wieder im Geschäftsbericht dargestellt werden können.

Verschiedene Sanierungen und Bauvorhaben an kantonalen Schulbauten erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen DEK und DBU beziehungsweise den einzelnen Schulen und dem Hochbauamt.

Das DBU überprüft alle kantonalen Bauten turnusgemäss in Bezug auf ihre Statik. Weitere Sicherheitsüberprüfungen obliegen den einzelnen Schulen.

An der PMS wurden für die Festivitäten "175 Jahre Lehrerbildung TG" und die Eröffnung des Campus Fr. 66'000.-- ausgegeben, die so nicht budgetiert waren. Zum Zeitpunkt der Budgetierung war diese Ausgabe noch nicht absehbar.

Bei der Durchführung des Anlasses haben die Organisatoren mit mehr Einnahmen gerechnet. Der Verlust setzt sich aus Beträgen zusammen, die einzeln nicht bewilligungspflichtig gewesen wären. Die "Umnutzung" des Sachkontos "Guyerbauten" in "Fest 175 Jahre LBTG" innerhalb des Globalbudgets erscheint aber problematisch.

4310 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB)

Schulgelder an ausserkantonalen Berufsschulen sind grundsätzlich im Berufsschulabkommen geregelt und betragen Fr. 7'000.-- pro Jahresschultag. Leider sind die Kantone Zürich und St. Gallen diesem Abkommen nicht beigetreten. Diese verrechnen die Vollkosten, was im Kanton Zürich Fr. 7'900.-- und im Kanton St. Gallen Fr. 7'600.-- ausmacht.

4410 Sportamt

Das Rahmenkonzept zur Begabtenförderung erlaubt die Einrichtung von fünf kantonalen Sportschulen. Im Moment werden drei betrieben. Bestrebungen für die Gründung einer weiteren Sportschule in Frauenfeld sind im Gange.

Gesuche an den Sport-Toto-Fonds werden nach den Richtlinien von Sport-Toto und der

Verordnung des Regierungsrates beurteilt. 2008 konnten 217 gutgeheissen werden, 24 Gesuche wurden abgelehnt.

4510 Kantonsbibliothek

Am 1. Juli 2009 wird Frau Monika Mosberger die Amtsleitung der Kantonsbibliothek übernehmen. Der bisherige Kantonsbibliothekar wird sich vermehrt wissenschaftlichen Arbeiten - insbesondere dem Inkunabelnkatalog - widmen.

4710 Amt für Archäologie

Die vom Bundesamt für Kultur für die Umsetzung der NFA vorgelegte Programmvereinbarung für den Bereich Heimatschutz wurde vom Kanton Thurgau nicht unterschrieben, da die ursprünglichen NFA-Vorgaben nicht eingehalten werden.

Dies führt zu einer Nichtauszahlung von rund 1,0 Millionen Franken pro Jahr. Weitere Verhandlungsrunden sind geplant.

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.4 Departement für Erziehung und Kultur

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 115 bis 187)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 18 bis 48)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 15 bis 33 Laufende Rechnung, Seite 64 Investitionsrechnung)

Gubser, SP: Ich spreche zu den Seiten 118 und 119 des Geschäftsberichtes, zum Amt für Volksschule. Für mich sind die Stellungnahmen aus dem Departement für Erziehung und Kultur einfach zu schönfärberisch. Die Schule wird so dargestellt, als ob alles wunderbar und rund laufen würde. Die beliebtesten Sprüche sind: "Wir haben eine gute Schule." Oder: "Unserer Schule geht es gut." Wenn man genauer hinsieht, geht es wirklich nicht so gut. Überall gibt es Probleme mit einzelnen Schülerinnen und Schülern oder mit diversen Personen, die im Schulbereich arbeiten, Tendenz steigend. Immer mehr wird auf der administrativen Seite gemacht und verlangt, was letztlich nicht den Schülerinnen und Schülern zugute kommt. Erstes Beispiel: Auf Seite 118 heisst es: "Die Festivitäten zum 175-jährigen Bestehen der Thurgauer Volksschule fanden im würdigen und stimmungsvollen Rahmen statt. Dabei standen Akteurinnen und Akteure der Thurgauer Volksschule, die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler, Behörden und Schulleitungen im verdienten Mittelpunkt." Ich war an diesem Jubiläum dabei und hatte nie den Eindruck, dass die Schülerinnen und Schüler im Vordergrund standen. Sie waren eher Dekoration, mussten still sein und zuhören und durften dann wieder gehen. Man hat mit relativ grossem Aufwand eine Broschüre erstellt, die ich an und für sich gut finde. Ich habe sie in der Schule auch verwendet, musste aber feststellen, dass sie bloss etwa 10 % aller Lehrpersonen wirklich einsetzten. Ich kann nicht sagen, was die restlichen 90 % damit gemacht haben. Zweites Beispiel: Viele Lehrpersonen, welche die entsprechenden

Kurse zum Sprachenportfolio ESP besucht haben, hatten wie ich den Eindruck, dass es der schlechteste Fortbildungskurs war. Und ich habe in den vergangenen vierzig Jahren etliche Lehrerfortbildungskurse besucht. Drittes Beispiel: Die Zeugnisse wurden modifiziert und sehen erneut anders aus. Vor drei Jahren hatte ich die Schüler noch in fünf Sparten zu beurteilen; heute sind es zehn. Zusätzlich ist eine Beurteilung über das Arbeits-, Lern- und Sozialverhalten nötig. Im letzten Jahr musste ich diesbezüglich zu sieben verschiedenen Punkten Stellung nehmen, in diesem Jahr zu zehn. Ich muss unter den verschiedenen Punkten von jedem Schüler sagen, ob er immer erkennbar pünktlich, meist erkennbar pünktlich, teilweise erkennbar pünktlich oder weniger erkennbar pünktlich ist. Und ich habe für jeden Schüler festzustellen, ob er immer erkennbar höflich, meist erkennbar höflich, teilweise erkennbar höflich oder weniger erkennbar höflich ist. Das ist Bürokratie! Ich weiss, dass es für diese Arbeit nicht zwanzig Stunden braucht, um sie zu erledigen. Es geht aber um Dinge, die im persönlichen Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern besser gelöst werden können als auf dem Papier. Ich bitte die Verantwortlichen, den Lehrpersonen und anderen Beteiligten an der Schule mehr Zeit dafür zu geben, sich wirklich um die praktische Seite zu kümmern, anstatt sie Papier ausfüllen zu lassen.

Regierungsrätin **Knill**: Ich nehme das Votum von Kantonsrat Gubser gerne mit, möchte an dieser Stelle aber auch erwähnen, dass wir im ständigen Kontakt mit dem Verband Thurgauer Schulgemeinden und mit "Bildung Thurgau" sind. Viele der von ihm genannten Einschränkungen sind natürlich auch auf unterschiedliche Begehrlichkeiten zurückzuführen, namentlich das Zeugnis, das wir bewusst vereinheitlicht haben. Ich höre die Differenzierung in dieser Form heute zum ersten Mal. Ich werde dieser Sache nachgehen, denn letzten Endes geht es nur darum, festzuhalten, ob jemand pünktlich ist oder nicht. Da braucht es nicht vier oder fünf Differenzierungen. In Bezug auf das Europäische Sprachenportfolio ESP II darf ich noch darauf hinweisen, dass ich aufgrund der Rückmeldungen der Basis, dass die Umsetzung nicht in diesem Tempo vorangetrieben werden kann, kürzlich den Entscheid gefällt habe, den Lehrpersonen an den Schulen mehr Zeit zu lassen. Ich denke doch, dass man auch die Bedürfnisse der Basis aufnimmt und dann adäquat reagiert.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

3.4 Departement für Justiz und Sicherheit

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS:

- Daniel Wittwer, Sitterdorf (Vorsitz)
- Josef Bieri, Kreuzlingen
- Erwin Imhof, Bottighofen
- Walter Marty, Ellighausen

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates mit Staatsrechnung 2008

Der Rechnungsabschluss für das Departement DJS kann als sehr positiv gewertet werden. Die Ausgabenbudgets wurden um rund 0,4 Millionen Franken unterschritten, und bei den Einnahmen konnten zusätzlich rund 2,6 Millionen Franken verbucht werden. Der Aufwandüberschuss von rund 3 Millionen Franken ist grundsätzlich als positiv zu werten. Verschiedene Ämter fokussieren sich bereits auf die Neuorganisation. Dies führt dazu, dass vernünftigerweise in der Übergangszeit keine Ressourcen zur Optimierung der heutigen Prozesse eingesetzt werden.

Die Subkommission konnte bei den Ämterbesuchen feststellen, dass bei Veränderungsprozessen konstruktiv mitgearbeitet wird. Auch auf kritische Fragen zwischen der Subkommission, dem Regierungsrat oder den verantwortlichen Amtschefs wurde offen geantwortet. Wir danken dem Regierungsrat und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit sowie für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, die zu einem positiven Abschluss führen konnte.

Ämterbesuche

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Konkurs- und Betreibungsinspektorat
- Eichamt
- Schiffsregisteramt (Grundbuchamt Kreuzlingen)
- Kantonspolizei (Seepolizei, Schifffahrtskontrolle)
- Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen
- Staatsanwaltschaft
- Straf- und Massnahmenvollzug (Generalsekretariat)
- Kantonales Untersuchungsrichteramt

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Die Subkommission stellt fest, dass die Ämter effektiv und effizient geführt werden. Die Staatsanwaltschaft und das Untersuchungsrichteramt stehen vor grösseren Umstrukturierungsmassnahmen. Ebenso wird es im Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen durch die Einführung des biometrischen Passes zu organisatorischen Änderungen kom-

men.

Das Schiffsregisteramt des Kantons Thurgau wird durch das Grundbuchamt Kreuzlingen geführt. Es handelt sich um einen Auftrag gemäss Bundesgesetz. Für diese Amtsführung werden 2 bis 3 Arbeitsstunden pro Jahr eingesetzt. Dieses Amt wurde von der GFK zum ersten Mal besucht. Die Pfandrechte für grosse private Schiffe werden handschriftlich in einem Buch eingetragen. Jede andere Form der Amtsführung verursacht unverhältnismässig hohe Kosten.

5010-5017 Generalsekretariat

Die Umsetzung von internationalen Bestimmungen (Schengen/Dublin), gesetzlichen Vorgaben von Bund (Strafprozessordnung, Waffenrecht) und Kanton (Organisationsstruktur Thurgau) werden durch das Generalsekretariat koordiniert und geleitet.

Der Straf- und Massnahmenvollzug ist dem Generalsekretariat unterstellt.

Das kantonale Gefängnis in Frauenfeld gehört zum Ostschweizer Strafvollzugskonkordat. Durch Vernetzung von Dienstleistungen (Essen wird durch die Spitalküche angeliefert) werden Betriebsabläufe kostenoptimiert. Die Sicherheit im Gefängnis wird regelmässig thematisiert, mit Polizei und Feuerwehr werden entsprechende Konzepte ausgearbeitet.

5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen

Das neue GmbH-Recht führte in Bezug auf die Revisionspflicht zu zusätzlichem Arbeitsaufwand und hatte deutlich mehr Einträge in das Tagesregister zur Folge.

5211-5212 Konkursamt und Betreibungsinspektorat

Bei den anfallenden Konkursfällen ist der Anfangsphase grosse Bedeutung zuzumessen (Sicherung der Aktiven). Angefangene Arbeiten/Aufträge sind mit dem nötigen Personal fertigzustellen, und bei landwirtschaftlichen Betrieben ist die Fütterung und Pflege der Tiere zu gewährleisten. Das Amt verfügt über ein zweckmässiges Netzwerk zu aussenstehenden Personen, die entsprechende Aufträge ausführen können.

Im Betreibungswesen sind es die gesetzlichen Fristen, die durch das Amt erfüllt werden müssen.

5260 Staatsanwaltschaft

Durch die bevorstehende Reorganisation ist dieses Amt stark im Um- und Aufbruch. Es gilt, die Umsetzungsphase zu beobachten und anschliessend die Neuorganisation zu beurteilen. Insbesondere gilt es, die Pendenzen abzubauen und die Durchlaufzeiten zu optimieren.

5280 Untersuchungsrichteramt

Vermehrt werden Sexualdelikte auch von Familienangehörigen zur Anzeige gebracht. Die Fallbearbeitung wird auch in Zukunft nicht geringer werden. "Erfahrene" oder "verfahrensgewohnte" Wiederholungstäter machen umfassenden Gebrauch von ihren Rechten, was zu Mehrkosten und zeitaufwendigen Abklärungen führt (zum Beispiel: Verweigerung von Aussagen; vor der ersten Befragung einen Rechtsanwalt verlangen). Das

Untersuchungsrichteramt hat den gesetzlichen Auftrag, be- und entlastende Indizien zur Wahrheitsfindung zu sammeln, was zu nicht budgetierbaren Kosten führt.

5290-5298 Kalchrain Massnahmenzentrum für junge Erwachsene

Das Massnahmenzentrum Kalchrain erfüllt seine Arbeit als Bestandteil einer Konkordatsvereinbarung. Das Massnahmenzentrum hat auch Auflagen des Bundes zu erfüllen, damit sich dieser an den Aufwendungen finanziell beteiligt.

5410 Strassenverkehrsamt

Fahrzeugprüfungen sind in einem vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Zyklus vorzunehmen. Alle schweren Motorfahrzeuge und Personenwagen, die älter als sieben Jahre sind, werden regelmässig geprüft. Die Rückstände der Prüfungen ergeben sich bei neueren Fahrzeugen. Auf nationaler Ebene engagiert sich die Geschäftsleitung dafür, dass die erste Fahrzeugprüfung von vier auf fünf Jahre verschoben wird. Das heisst, dass sie erst nach fünf Jahren erfolgt.

5420 Eichamt

Ein kleines, aber sehr gut organisiertes Team übernimmt im Kanton die Eichprüfungen für Waagen, Volumenmessanlagen und Abgasmessgräte sowie die Marktüberwachung und Füllmengenkontrolle. Im Vollzug gibt es durch die Marktliberalisierung zunehmend Probleme mit ausländischen Waagen (zum Beispiel aus Japan), die via Internet gekauft werden und deren Bedienungsanleitungen nicht verständlich sind. Durch den Kauf via Internet wird die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen erschwert.

5430 Migrationsamt

Die statistischen Zahlen der Rückführungen von abgewiesenen Asylanten können seit der Einführung (März 2008) des zentralen Migrationssystems des Bundes (ZEMIS) nicht mehr mit den früheren Angaben verglichen werden.

5510 Kantonspolizei

Insbesondere der Polizei konnten wir nach einem vertieften Einblick in ihre Arbeit (1,5 Tage) einen besonderen Dank für die umsichtige, kompetente und konsequente Führung des Polizeikorps, für das grosse und uneigennützige Engagement jedes einzelnen Mitgliedes im Polizeikorps und für den haushälterischen Umgang mit den Finanzen aussprechen.

Alle Subkommissionsmitglieder vertraten die Meinung, dass es die von der Polizei eingeschlagene Strategie für die Sicherheit im Thurgau zu unterstützen gilt. Besondere Beachtung ist dem Personalbestand zu schenken. Der Sollbestand wurde bisher auf niedrigem Stand gehalten. Die Komplexität der Aufgaben und die gesellschaftlichen Veränderungen werden in Zukunft zusätzliche Personalressourcen innerhalb der vorgesehenen Bandbreite (330 bis 350 Personen) unumgänglich machen. Der Kommandant wurde beauftragt, einen Bericht über die strategische Ausrichtung zu erstellen und den Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Gerichte

Im Jahr 2008 wurden keine Rückforderungen der unentgeltlichen Rechtspflege getätigt, die gesamthaft rund 1 Million Franken ausmachte. Diese Aufgabe ist grundsätzlich der Finanzverwaltung übertragen, die auf die Meldung der Gerichte angewiesen ist. Nach der Neuorganisation soll diese Aufgabe vollständig den Gerichten zufallen.

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.5 Departement für Justiz und Sicherheit

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 191 bis 232)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 49 bis 75)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 34 bis 43 Laufende Rechnung, Seite 65 Investitionsrechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 3.8 Gerichte (Rechnungsteil)

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 331 bis 336)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 56 bis 62 Laufende Rechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

3.5 Departement für Bau und Umwelt

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU:

- Margrit Aerne, Lanterwil (Vorsitz)
- Thomas Böhni, Frauenfeld
- Heidi Grau, Zihlschlacht
- Sonja Wiesmann, Sirnach

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates mit Staatsrechnung 2008

Die Subkommission DBU dankt dem Regierungsrat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die kostenbewusste und zuverlässige Arbeit im Berichtsjahr sowie für die Begleitung und die umfassenden Informationen anlässlich der Ämterbesuche. Für die neu zusammengesetzte Subkommission war dies eine wertvolle Einführung in deren Tätigkeiten.

Die Laufende Rechnung des Departementes für Bau und Umwelt weist einen Nettoaufwand von 31,58 Millionen Franken auf und schliesst mit 1,19 Millionen Franken unter dem Budget ab.

Die Abweichung beim Nettoaufwand in der Investitionsrechnung von 9,1 Millionen Franken über dem Budget ist einerseits auf diverse Verschiebungen bei der baulichen Ausführung von Hochbauten und andererseits mit der nicht budgetierten Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges im Forstamt zu erklären.

Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage investierte der Regierungsrat im Bereich DBU mehr als vorgesehen, und daraus folgend konnten die prognostizierten Pauschalkürzungen nicht eingehalten werden.

Die Unterzeichnung des Entwurfes zur Programmvereinbarung (PV) 2008 - 2011 "Finanzhilfen des Bundes im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege" lehnte der Kanton Thurgau als einer von wenigen Kantonen ab. Die von Seiten des Kantons vorgängig eingebrachten Forderungen wurden in der vorgelegten Fassung nicht berücksichtigt. Der Bund wird nun voraussichtlich den Inhalt der PV einseitig verfügen, wobei dem Kanton Thurgau in der Folge der Rechtsweg offen steht. Finanzielle Einbussen sind nicht zu erwarten, offen ist aber, ob dies die Beschreitung des Rechtsweges zur Konsequenz hat.

Ämterbesuche

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Denkmalpflege
- Amt für Umwelt
- Amt für Raumplanung
- Hochbauamt

Die von der Subkommission im Voraus erarbeiteten Fragen wurden von der zuständigen Amtschefin und den Amtschefs kompetent beantwortet. Bei allen Ämtern fragte die Kommission nach der Verwendung der Boni/Mali.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010 Generalsekretariat

Der Aufwand zur Betreuung des Flughafendossiers hat sich im Vergleich zum Vorjahr für das Generalsekretariat aufgrund einer Verzögerung im SIL-Prozess verringert.

Bei den Abweichungen im Bereich Ökoleistungen Landwirtschaft sind die Mehrausgaben nicht auf eine Zunahme der Ausgleichsflächen insgesamt, sondern auf verschiedene Zusatzbeiträge in den Vernetzungsfunktionen zurückzuführen.

6110 Amt für Raumplanung

Die leicht längeren Bearbeitungszeiten der Baugesuche lassen sich zum einen mit teilweise unvollständigen Gesuchsunterlagen und zum andern mit den in die Zirkulation involvierten Ämtern erklären. Beim Bauen ausserhalb des Baugebietes gab es vermehrt Gesuche für grössere Bauten in der Landwirtschaft sowie für die Erstellung von Photovoltaikanlagen.

Im Jahr 2008 war die Abteilung Ortsplanung mit relativ vielen Personalmutationen konfrontiert. Die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter, die nach dem "Göttiprinzip" erfolgt, beanspruchte Zeit und trug teilweise auch zur Verlängerung der Bearbeitungszeiten bei.

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Pufferzonen in der Produktgruppe "Natur- und Landschaftsschutz" zeigt sich als sehr zeitintensiv und wird mit der nötigen Sorgfalt bearbeitet. Demzufolge ist die Vorgabe von einer Umsetzung pro Jahr eine realistische Zielsetzung.

Es ist vorgesehen, dass die Revision des kantonalen Richtplanes vor den Sommerferien vom Regierungsrat verabschiedet wird und anschliessend der Beschluss mit der Botschaft an den Grossen Rat erfolgt.

6210 Hochbauamt

Im Hochbauamt konnten etliche Neubauvorhaben und Sanierungsprojekte unter Einhaltung der projektierten Kosten abgeschlossen werden.

Es ist vorgesehen, dass analog der vom Tiefbauamt im 2007 eingeführten Übersicht künftig auch alle Vorhaben des Hochbauamtes in einer Tabelle "Hochbauprogramm" aufgelistet werden.

6410 Amt für Denkmalpflege

Die Amtschefin hat ihr Arbeitspensum auf 90 % reduziert. Beim Amt für Denkmalpflege arbeiten acht Frauen und sechs Männer, die sich rund 1'000 Stellenprozente teilen. Die familienfreundliche Personalpolitik lässt auch mehrere Teilzeitmitarbeiterinnen und Teilzeitmitarbeiter zu. Somit können Absenzen, zum Beispiel durch Mutterschaften, mittels interner Pensen-Umverteilung überbrückt werden.

Im gesamtschweizerischen Vergleich nimmt der Kanton Thurgau mit der Denkmalpflege-Datenbank und dem seit bald zehn Jahren flächendeckenden Gebäudeinventar eine einmalige Position ein.

Das Hinweisinventar (HWI) wird seit Mitte der siebziger Jahre bearbeitet und seit dem Jahr 2000 revidiert. Mit der Einführung des NHG wandelte es sich von einer Arbeitshilfe für die Denkmalpfleger zum Instrument für den Schutz von Bauten. Die für dieses Jahr vorgesehene Internetaufschaltung wird weitere Veränderungen bringen. Es werden Überlegungen gemacht, die traditionelle Buchform durch eine lose Blattsammlung zu ersetzen. Dies hätte den Vorteil, dass Anpassungen laufend nachgeführt werden könnten.

6510 Amt für Umwelt

Die Amtsübergabe von Erich Müller an Dr. Jürg Hertz war einfach zu vollziehen, da der neue Amtschef viele Geschäfte bereits durch seine langjährige Mitarbeit im Amt für Umwelt (AfU) und als bisheriger Stellvertreter des Amtschefs kannte.

Das AfU ist mit der Umsetzung vieler Geobasisdatensätze gemäss Geoinformationsgesetz tangiert und beschäftigt. Die ergänzenden kantonalen Regelungen werden unter der Leitung des Amtes für Geoinformation erarbeitet. Die Kantone haben ca. fünf Jahre Zeit für deren Umsetzung, wobei sich der Umfang dieser Anpassungen erst in Zukunft zeigen wird.

Bei den Arbeiten "Umsetzung Kataster der belasteten Standorte" mussten viele Rückmeldungen aus Verfügungsentwürfen bearbeitet werden. Eine Besonderheit stellen die Schiessanlagen dar. 2008 wurden fünf Kugelfänge saniert und an 25 Standorten künstliche Kugelfänge eingebaut. Das Bundesamt für Umwelt hat 2,1 Millionen Franken Beiträge zugesichert und bisher Fr. 360'000.-- ausbezahlt. Der Kanton musste Fr. 102'000.-- Ausfallkosten übernehmen.

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.6 Departement für Bau und Umwelt

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 235 bis 274)

Statistischer Anhang gelb (Seiten 76 bis 101)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 44 bis 47 Laufende Rechnung, Seiten 66 bis 69 Investitionsrechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

3.6 Departement für Finanzen und Soziales

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

- Peter Kummer, Oberaach (Vorsitz)
- Myrta Klarer, Sirnach
- Cornelia Komposch, Herdern
- Richard Nägeli, Frauenfeld

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Geschäftsbericht 2008 des Regierungsrates mit Staatsrechnung 2008

Gerne danke und gratuliere ich dem Regierungsrat und den Angestellten der Verwaltung im Namen der Subkommission DFS für den sehr guten Rechnungsabschluss. Die Subkommissionsmitglieder nehmen anerkennend zur Kenntnis, dass der Bericht sehr aufschlussreich und transparent abgefasst ist und viele Fragen schon im Bericht beantwortet werden. Mit den Minderausgaben und Mehreinnahmen hat das Departement wesentlich zum guten Gesamtergebnis des Kantons beigetragen. Die Abweichungen zum Voranschlag sind vor allem mit der NFA zu begründen. Die in diesem Zusammenhang sicher angebrachte, vorsichtige Budgetierung hat sich durchwegs positiv ausgewirkt. Der sehr gute Rechnungsabschluss bildet für die Mehrheit der Subkommission eine gute Voraussetzung für die geplante Steuergesetzrevision (Flat Rate Tax). Ebenso bildet der hervorragende Abschluss eine gesunde und sichere Grundlage für negative Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auch bei der Staatskanzlei sind die Ausgaben gesamthaft tiefer ausgefallen als vorgesehen. Wir danken den Verantwortlichen für die gute Arbeit.

Ämterbesuche

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

- Büromaterial- und Drucksachenzentrale (BLDZ)
- Steuerverwaltung
- Amt für Informatik
- Finanzkontrolle
- Staatskanzlei, Kanzleidienste
- Kantonsärztlicher Dienst
- Personalamt

Die Subkommission wurde überall freundlich empfangen und fast vollständig orientiert. Es gab nur wenige Fragen, die nicht oder nur teilweise beantwortet werden konnten. Ich stelle jedoch fest, dass die Informationen aus den Ämtern umfangreich und absolut befriedigend waren. Bei den Gesprächen ist aufgefallen, dass das Bonus/Malus-System unterschiedlich aufgenommen wird. Die Wirkung des Systems wird teilweise in Frage gestellt. Die GFK sollte sich dieser Problematik nächstens annehmen und über mögliche

Anpassungen diskutieren. Im personellen Bereich der Parlamentsdienste musste eine gewisse Unruhe festgestellt werden, verursacht durch bevorstehende Mutationen und Pensionierungen. Neubesetzungen und eine klare Einsatzplanung der personellen Kräfte durch den Staatsschreiber werden aber nach wie vor die erforderliche Unterstützung des Parlamentes garantieren. Die Subkommission hat bei den Ämterbesuchen gesamthaft einen sehr guten Eindruck von unserer Verwaltung erhalten.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

1000 Regierungsrat / 1100 Grosser Rat

Der Regierungsrat blieb leicht unter dem Budget, währenddem beim Grossen Rat Mehrkosten zu verzeichnen sind. Begründet ist der Mehraufwand durch die Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates, wo höhere Sitzungsentschädigungen festgelegt wurden. Auch die finanzielle Unterstützung der Fraktionen bei Abstimmungen bewirkt Mehraufwand.

2100 Staatskanzlei / 2510 BLDZ

Das Rechnungsvolumen nahm wegen der Gesamterneuerungswahlen zu. Sowohl die Staatskanzlei als auch die BLDZ konnten positiv abschliessen. Bei der Staatskanzlei konnten bei allen Produktgruppen Einsparungen gemacht werden. Bei der BLDZ fällt der Mehraufwand bei den Drucksachen auf, der aber vor allem auf eine Neubewertung des Lagerbestandes zurückzuführen ist. Weniger Kosten entstanden bei der Neumöblierung des Verwaltungsgebäudes, und auch bei der Gruppe Telefon/Kommunikation resultierten wegen Verlagerungen weniger Kosten.

7010 Generalsekretariat

Eine tiefere Steuerbelastung und dennoch ausgeglichene, ja positive Rechnungsabschlüsse konnten erreicht werden. Die Steuerquote reduziert sich und bestätigt damit die Richtigkeit der Steuergesetzrevisionen.

7110-7120 Personalamt

Die Personaloffensive 2008 mit der Erhöhung der Ferientage und der Gewährung von Vergünstigungen hat sich positiv ausgewirkt und trägt wesentlich zu einem guten Arbeitsklima bei. Dennoch führten eine erhöhte Fluktuation und der markant schwierigere Arbeitsmarkt zu Mehrkosten bei der Personalwerbung.

7210 Amt für Informatik

Die Jahresrechnung liegt innerhalb der Budgetvorgaben. Bei der Investitionsrechnung wurden vor allem durch Rückstellung und Verzug von Projekten rund 1 Million Franken weniger ausgegeben als vorgesehen. "Fabasoft" wurde auf den neusten Softwarestand gebracht. Vereinfachungen von Anwendungen werden positiv aufgenommen.

7250-7260 Finanzkontrolle/Datenschutz

Beachtenswert sind die Auswirkungen der NFA auf die Gemeinden, konnten doch 54 Gemeinden auf das Jahr 2008 ihren Steuerfuss senken.

7310-7350 Finanzverwaltung

Die höheren Passivzinsen können mit dem allgemein höheren Zinsniveau begründet werden; darum auch der höhere Ertrag bei den Festgeldanlagen. Der Mehraufwand bei der LSWA entstand wegen höherer Beiträge an Swiss Mobile, die mehrere Projekte im Thurgau realisierte (Sanierung von Wanderwegen, Signalisation von Skaterouten etc.).

7410-7425 Steuerverwaltung

Die Ansiedlung neuer Steuerpflichtiger und das noch gute Wirtschaftswachstum führten gegenüber dem Budget zu erhöhten Steuereinnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Andererseits hat sich der wirtschaftliche Rückgang beim Steuerertrag der Gewinn- und Kapitalsteuern sofort bemerkbar gemacht. Auf Antrag vieler juristischer Personen wurde die provisorische Steuerrechnung angepasst.

7510-7515 Fürsorgeamt

Eine nicht vorhersehbare Entwicklung bei den Platzierungen in kostenintensive Kinder- und Jugendheime bewirkte Mehrausgaben. Probleme sind im Bereich des Asylwesens feststellbar. Gesamtschweizerisch wurden rund 16'000 Asylgesuche gestellt, das sind 6'000 mehr als im Vorjahr. Der Kanton Thurgau musste 259 Personen in Durchgangsheimen unterbringen (Vorjahr 105), was doch für angespannte Platzverhältnisse sorgte.

7531-7550 Gesundheitsamt/Kantonsarzt/Kantonsapotheker

Im Gesundheitswesen sind markante Kostenverschiebungen zwischen Bund, Kanton und Gemeinden aufgrund der NFA entstanden. Das ergibt vor allem Abweichungen gegenüber den Rechnungen des Vorjahres, aber teilweise auch gegenüber dem Voranschlag, waren doch die Auswirkungen beim Erstellen des Voranschlages 2008 noch nicht alle bekannt. Grosse Herausforderungen sind im Bereich Spitalplanung/Bettenausweitung zu bewältigen. Es besteht heute schon ein Kapazitätsengpass, und künftig rechnet die Spital Thurgau AG mit einer nötigen Mengenausweitung von 3 % bis 5 % pro Jahr. Ähnlich sieht es bei den Alters- und Pflegeheimen aus. Die positive demographische Entwicklung wird ihren Preis haben. Die Spitalkosten werden nach Gesetz auf Kanton (55 %) und Krankenkassen (45 %) aufgeteilt. Die Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen steigen stetig an, werden doch immer mehr teure Aufenthalte in Spezialspitalern (zum Beispiel in Universitätskliniken) gefordert. Da in der Grundversicherung nur Behandlungen im Kanton Thurgau versichert sind, muss der Kantonsarzt die Gesuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte prüfen. Ungefähr 70 % bis 75 % der Gesuche werden abgelehnt, weil eine Behandlung im Kanton Thurgau möglich ist.

7580 Kantonales Laboratorium

Eine neue Aufgabe musste das kantonale Laboratorium mit dem Einsatz von Streptomycin gegen den Feuerbrand übernehmen. Der Honig von Bienenvölkern, die im Umkreis

von 3 Kilometern der behandelten Obstanlagen leben, wurde untersucht und, sofern Spuren des Giftes festgestellt wurden, vernichtet.

Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion.

Abschnitt 3.7 Departement für Finanzen und Soziales

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 277 bis 327)

Statistischer Anhang gelb (Seite 102)

Anhang II: Staatsrechnung 2008 (Seiten 48 bis 55 Laufende Rechnung, Seite 70 Investitionsrechnung)

7310-7350 Finanzverwaltung

Kapitel 2: Überblick Ergebnis Rechnung

Geschäftsbericht 2008 (grüne Seiten 3 bis 22)

Diskussion - **nicht benützt.**

7531-7550 Gesundheitsamt/Kantonsarzt/Kantonsapotheker

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Auf Seite 311 des Geschäftsberichtes hat sich unter dem Rechnungsergebnis der Laufenden Rechnung ein Fehler eingeschlichen. Hier ist natürlich nicht die Kantonsschule Romanshorn gefragt. Es wurde ein neues Blatt dazu verteilt.

Diskussion - **nicht benützt.**

Kapitel 4: Rechtsetzung

Geschäftsbericht 2008 (Seiten 339 bis 343)

Diskussion - **nicht benützt.**

Beschlussfassung

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Mit der Einlage eines Teiles des Ertragsüberschusses in sechs Spezialfinanzierungen kann eine zusätzliche Reserve von 23 Millionen Franken geschaffen werden. Die GFK begrüsst dies. Auch der Rückstellung für Rentenanpassungen und der Einlage in das Eigenkapital können wir zustimmen. Die GFK beantragt einstimmig, den vorliegenden Beschlussesentwurf zu genehmigen.

Abschliessend bedanke ich mich im Namen der GFK beim Regierungsrat und der kantonalen Verwaltung für die gute Unterstützung bei der Behandlung des Geschäftsberichtes. Meinen zwanzig Kolleginnen und Kollegen in der GFK danke ich ganz herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Dem Beschlussesentwurf betreffend Genehmigung des Geschäftsberichtes 2008 und Verwendung des Ertragsüberschusses wird mit 115:0 Stimmen zugestimmt.

Präsidentin: Ich möchte an dieser Stelle der GFK für die präzise abgewickelte Geschäftsprüfung 2008 bestens danken. Mit den vorgängigen Ämterbesuchen und der anschliessenden Prüfung des Geschäftsberichtes ist sehr viel Arbeit verbunden. Vielen Dank für die geleistete Arbeit im Plenum und in den verschiedenen Subkommissionen. Ganz speziell danke ich dem GFK-Präsidenten für seine initiative Führung dieser Kommission.

Beschluss des Grossen Rates

betreffend

Genehmigung des Geschäftsberichtes 2008

vom 1. Juli 2009

1. Der Geschäftsbericht 2008, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung 2008, die aus der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2008 besteht, wird genehmigt.

2. Der Ertragsüberschuss von Fr. 78'926'299.00 wird wie folgt verwendet:

Einlage in Arbeitsmarktfonds	Fr. 6'000'000.00
Einlage in Tierseuchenfonds	Fr. 3'000'000.00
Einlage in Energiefonds	Fr. 2'000'000.00
Einlage in Pflanzenschutzfonds	Fr. 3'000'000.00
Einlage in NHG-Fonds	Fr. 5'000'000.00
Einlage in Seeuferparzellenfonds	Fr. 4'000'000.00
Pensionskasse Thurgau, Rückstellung für Rentenanpassungszulagen	Fr. 5'000'000.00
Einlage in Eigenkapital	Fr. 50'926'299.00

Die Präsidentin des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates